

Marlehn Thieme, Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung – Statement auf der Pressekonferenz der 17. RNE-Jahreskonferenz

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen auf der 17. Jahreskonferenz des RNE.

Deutschland muss mehr Verantwortung für nachhaltige Entwicklung übernehmen, sowohl international als auch national. Bei Nachhaltigkeit geht es darum, Armut und Hunger zu beenden, die Natur erhaltend zu schützen, der Wirtschaft ein klares Nachhaltigkeitsprofil zu geben und für soziale Nachhaltigkeit zu sorgen. Dass Deutschland jetzt endlich die entwicklungspolitische 0,7-Prozent-UN-Zielvorgabe einhält, ist ein gutes Zeichen. Aber wir wissen auch, dass das wesentlich auf die gestiegenen Ausgaben für Geflüchtete in Deutschland zurückgeht.

Ich appelliere an alle Mitglieder der Bundesregierung und auch an das ganze politische Deutschland, sich wesentlich entschiedener zu engagieren: Vom Projekt zur Struktur. Von Bekenntnissen, dass man ja Nachhaltigkeit will, zum Beweis, dass man es auch kann.

Konkret:

Erstens, Deutschland muss entschieden dabei helfen, die UN und auch die Partnerländer fit zu machen für die Agenda 2030.

Zweitens, zu Hause hier bei uns müssen wir mehr tun. Deutschland hatte im vergangenen Jahr einen Haushaltsüberschuss von 6,2 Milliarden Euro. An Schuldentilgung und Steuersenkungen ist da sicher zu denken. Gleichzeitig möchte ich die Bundesregierung ermutigen, einen Teil des Geldes in die nachhaltige Entwicklung Deutschlands zu investieren. Ich spreche von Investitionen in eine nachhaltige Infrastruktur – etwa im Bereich der öffentlichen und einer nachhaltigen Mobilität, im Bereich Bildung, beim sozialen Wohnungsbau und für die nachhaltige Stadt. Investitionen, die den Weg in eine nachhaltigere Zukunft weisen, in der wir unsere Lebensgrundlagen nicht zerstören, sondern erhalten. Investitionen in eine lebenswerte Zukunft, die Antworten auf die zunehmenden sozialen Verwerfungslinien innerhalb unserer Gesellschaft hat.

Drittens, wir müssen uns darum bemühen, etwas zu tun, was wir bisher eher vermeiden. Ich plädiere dafür, dass wir bewusst und gezielt hier in Deutschland Lösungen (Verhaltensweisen, Kultur, Technik, wirtschaftliche Lösungen) für die weltweiten Ziele entwickeln, die auch in der ganzen Welt angewendet werden können.

Mit anderen Worten:

Es ist an der Zeit, weiterzudenken – in größeren Zusammenhängen als bisher und mit einem langfristigeren Zeithorizont.

Aber noch zögern die politischen Parteien allesamt, der Nachhaltigkeit einen klaren Verfassungsrang zu geben. Um es klar zu sagen: Der Nachhaltigkeitsrat plädiert genau dafür: Nachhaltigkeit gehört ins Grundgesetz.

Die neue Bundesregierung muss die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie nachschärfen – und Bereiche zusammen denken, die zusammen gehören. Es geht im Kern um eine kohärentere Nachhaltigkeitspolitik. Wenn die EU eine Richtlinie für Unternehmen erlässt, dass sie über ihre CSR-Aktivitäten Rechenschaft ablegen müssen, dann erwarte ich in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie einen Indikator, der die Zahl der Unternehmen mit einer solchen Nachhaltigkeitsberichterstattung misst. Gute, aber bislang unverbundene Initiativen müssen künftig ineinander greifen, um Nachhaltigkeit wirksam zu machen.

Auf ein Beispiel für dieses „Ineinandergreifen“ möchte ich Sie gern hinweisen: Auf der letzten Jahreskonferenz hatten wir Ihnen die RENN angekündigt, die Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien. Heute kann ich Ihnen sagen, sie arbeiten. Es gibt vier Regionale Netzstellen (West, Süd, Mitte und Nord) mit derzeit 20 Partnern. Sie arbeiten länderübergreifend und decken das gesamte Bundesgebiet ab. Die RENN sind auch heute auf der Jahreskonferenz; wer sich ein Bild machen möchte, kann an ihrem Stand im 1. Stock vorbeigehen. Wir sind gespannt auf ihre Projekte. Sabine Gerhard, die dieses Projekt in der Geschäftsstelle des RNE leitet, steht Ihnen im Anschluss an die Pressekonferenz für weitere Fragen zur Verfügung.

Diese regionale Komponente ist ein neuerer Aspekt unserer Arbeit. Mit dem wirtschaftlichen Aspekt von Nachhaltigkeit und der Rolle der Finanzmärkte beschäftigt sich der Rat bereits seit 2011, als er den Deutschen Nachhaltigkeitskodex verabschiedet hat. Der DNK ist ein Standard für Transparenz über Nachhaltigkeitsleistungen von Unternehmen. Diese Impulse für eine Transformation von Wirtschaft und Finanzsektor wollen wir nun weiter fassen – ich übergebe das Wort an Achim Steiner.